

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

18. Sitzung
16. Januar 2023

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.43 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird durch Herrn Sen Geisel (SBW) und Herrn StS Gaebler (SenSBW) vertreten.
- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses sowie im Hause übertragen wird. Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 19. Dezember 2022 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 12. Januar 2023 vor. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung entsprechend der Mitteilung zur Einladung um den folgenden neuen Punkt 4

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0728

**Gesetz zur Änderung des Berliner
Wohnraumversorgungsgesetzes**

[0067](#)
StadtWohn

zu ergänzen. Die bisherigen Punkte 4 bis 9 rücken nach hinten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorab wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Ist der Umbau des Tal-Centers, das durch die GEWOBAG so umgebaut wird, dass u.a. Wohnungen entstehen, erst der Anfang einer Umbauwelle von Shopping-Centern?“

(Die Linke)

- „Was tut der Senat, um die seit Monaten anhaltenden Tarifstreitigkeiten bei der degewo Gebäudeservice, einer 100% Facilitytochter der DEGEWO, der Fletwerk GmbH, dem Facilitymanagement für die GEWOBAG, sowie der Gewobag MB, deren Beschäftigte das Kündigungsmoratorium der Landeseigenen Wohnungsunternehmen umsetzen, im Sinne der Mitarbeiter*innen zu befrieden, sprich inwiefern setzt sich der Senat dafür ein, dass alle Beschäftigten, die für die LWU tätig sind, endlich auch fair bezahlt und behandelt werden und die 2-Klassengesellschaft bei den Beschäftigten durch die ausgegliederten Unternehmen beendet wird?“

(Bündnis 90/Die Grünen)

- „Die Anzahl von Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren unter Rot-Rot-Grün und auch unter Rot-Grün-Rot stetig gesunken. Nach Aussagen des Senats werden im Jahr 2028 nur noch rund 59.000 Sozialwohnungen bestehen – bei einem Bedarf von mehreren Hunderttausend. Die in der letzten Legislatur bewilligten Förderanträge sind nach Aussage des Senats alle unterfinanziert. Sozialwohnungen entstehen auch nach Aussage der SPD-Fraktion in der Plenardebatte am 12. Januar 2023 quasi nur bei Neubauten. Grüne und Linke blockieren diese Neubauten. Wie möchte der Senat die dringend benötigten Sozialwohnungen künftig fertigstellen und wie viele Wohnungen wurden bzw. werden in den Jahren 2022 und 2023 bereits fertiggestellt?“

(CDU)

Spontan werden folgende mündliche Fragen gestellt:

Herr Abg. Laatsch (AfD) möchte wissen,

welche Erkenntnisse der Senat zu dem – laut Medienberichten – existierenden Subventionsmissbrauch und der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit linken Journalisten beim Objekt Oranienstraße 169 habe?

Herr Abg. Jotzo (FDP) erkundigt sich,

ob es im Senat eine Abstimmung dazu gegeben habe – und wenn ja, mit welchem Ergebnis –, dass sich – wie der Presse zu entnehmen war – große Teile der Koalition von den Neubauvorhaben in den Potentialgebieten, insbesondere hinsichtlich der Elisabeth-Aue in Pankow und Späthsfelde in Köpenick, abwendeten.

Frau Abg. Aydin (SPD) fragt,

welchen Beitrag die Senatsverwaltung im Rahmen des in der letzten Woche stattgefundenen Gipfels zur Jugendgewalt, an dem die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen beteiligt war, leisten könne, insbesondere in den Großraumsiedlungen.

Nach Beantwortung der Fragen und Nachfragen durch Herrn Sen Geisel (SBW) schließt der Ausschuss Punkt 1 für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Herr Sen Geisel (SBW) und Herr StS Gaebler (SenSBW) berichten (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Neues Stadtquartier Buch am Sandhaus – Aktueller
Planungsstand und Anpassungsmöglichkeiten des
Bebauungsplans**

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0052](#)

StadtWohn

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss vereinbart einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 Satz 4 GO Abghs.

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung aller Anwesenden bezüglich der Liveübertragung und weiteren Veröffentlichung der Aufnahmen fest.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Punkt in der 15. Sitzung am 21. November 2022 vertagt wurde. Herr StS Gaebler (SenSBW) sagte in diesem Zusammenhang einen schriftlichen Berichts zur zeitlichen Planung im Nachgang zu. Dieser Bericht sei den Ausschussmitgliedern am 27. Dezember 2022 per E-Mail zur Verfügung gestellt worden.

Herr Abg. Kraft (CDU) begründet den Besprechungsbedarf.

Es werden angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr André Fabian, Initiative Buch am Sandhaus,
- Herr Dr. Christoph Jung, ebenfalls Initiative Buch am Sandhaus,

- Herr Justus Meißner, Koordinierungsstelle Florenschutz bei der Stiftung Naturschutz Berlin,
- Herr Wolfgang Mochmann, Mitglied des Gemeindegemeinderates der evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Buch,
- Herr Ulrich Schiller, Geschäftsführer der HOWOGE sowie
- Herr Martyn Sorge, Spielkultur Berlin-Buch e.V.

Darüber hinaus wurde Frau Bezirksstadträtin Rona Tietje, Bezirksamt Pankow, eingeladen, im Rahmen des Tagesordnungspunktes erläuternde Ausführungen zu tätigen.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Herr StS Gaebler (SenSBW), Frau Bezirksstadträtin Tietje sowie Herr Loebner (SenSBW, Leitung des Referates II W – Wohnungsbauprojekte – äußere Stadt) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, vertagt der Ausschuss den Punkt einvernehmlich, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0728
**Gesetz zur Änderung des Berliner
Wohnraumversorgungsgesetzes**

[0067](#)
StadtWohn

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 19/0728 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlungen an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0034](#)
Herrmannplatz und City West: aktueller
Planungsstand
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) StadtWohn
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0009](#)
Standortentwicklung Hermannplatz – Sachstand
und Umsetzung der Verabredungen zwischen Senat
und SIGNA.
(auf Antrag der Fraktion der CDU) StadtWohn

Der Vorsitzende regt aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit an, die restlichen Tagesordnungspunkte 5 bis 9 zu vertagen. Der Ausschuss kommt entsprechend überein.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0037](#)
Die grüne Metropole stärken – Nachverdichtungen
nach städtebaulichen und klimaresilienten
Maßstäben bewerten
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) StadtWohn

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.10.2022

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen (s. Punkt 5).

Punkt 7 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0038](#)
Den Flächennutzungsplan von 1994 überarbeiten,
wie ist der Stand?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) StadtWohn

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen (s. Punkt 5).

Punkt 8 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0567

[0063](#)

StadtWohn

**Bericht über die Mittelverwendung der
Zuführungen an Unternehmen für
Nachbarschaftsaktivitäten für
Wohnumfeldmaßnahmen oder
Aufwertungsmaßnahmen, die v. a. der
Klimafolgenbewältigung im und am Bedarf der
Großsiedlungen der Nachkriegszeit dienen**
Drucksache Nr. 19/0400, Nr. 104
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen (s. Punkt 5).

Punkt 9 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0516

[0058](#)

StadtWohn

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten
Rechtsverordnungen**
**lfd. Nr. 1 VO-Nr. 19/098 – Zweite Verordnung zur
Änderung der Zweckentfremdungsverbot-
Verordnung**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der
Fraktion der FDP)

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen (s. Punkt 5).

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende führt aus, die nächste reguläre – dann 19. – Sitzung des Ausschusses sei auf ein Datum unmittelbar nach der anstehenden Wiederholungswahl am 12. Februar 2023, den 13. Februar 2023, terminiert. Zum jetzigen Zeitpunkt sei unklar, wie mit den Ausschusssitzungen zwischen der Wahl, dem amtlichen Wahlergebnis und dem erneuten Zusammenkommen des Parlaments zu verfahren sei. Er rege an, ein hierzu in Auftrag gegebenes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses sowie ggf. die weiteren Verständigungen im Ältestenrat in den kommenden Tagen abzuwarten, um sich dann am Rande des kommenden Plenums am 26. Januar 2023 unter den Sprecherinnen und Sprechern erneut zu beraten. Der Ausschuss kommt entsprechend überein.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Andreas Otto

Niklas Schenker